Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

10. Dezember 1949

Blatt 1446

Kein "Wolkenkratzer" am Stock im Eisen-Platz

In der letzten Zeit sind in verschiedenen Zeitungen Artikel erschienen, die gegen eine angeblich bestehende Absicht des Stadtbauamtes, am Stock im Eisenplatz einen "Wolkenkratzer" oder ein "Hochhaus aus Glas und Eisen" errichten zu lassen, Stellung nehmen und dadurch die öffentliche Meinung unbegründet beunruhigen.

Wie die Stadtbauamtsdirektion mitteilt, besteht kein derartiges Projekt. Wenn unter den möglichen Lösungen für den Neubau des Philipp Haas-Hauses in einem beschränkten Teil seiner Front gegenüber dem alten Bestand eine geringe Überhöhung durch ein oder zwei zusätzliche Stockwerke in Betracht gezogen wurde, die noch nicht einmal die Höhe des Equitable Gebäudes erreichen würde, so kann von einem den Stefansdom störenden Hochhaus-Projekt wohl nicht die Rede sein.

Eine halbe Stunde Stromstörung

Heute um 10.20 Uhr schalteten sich infolge einer durch Erdschluß verursachten Überspannung mehrere 30 kV-Kabeln ab, wodurch das Umspannwerk Michelbeuern und andere Hochspannungsanlagen in Mitleidenschaft gezogen wurden. In den Netzteilen, die vom Kraftwerk Simmering und von den Umspannwerken Nord und Süd versorgt werden, blieb die Energielieferung ungestört. Um 10.55 Uhr war der Betrieb wieder normal.

Bürgermeister Körner spricht zu den Kriegsopfern

Bürgermeister Dr.h.c. Körner begrüßte heute vormittag die im großen Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages eröffnete Delegiertentagung der Zentralorganisation der Kriegsopferverbände Österreichs mit einer Ansprache, die von den Anwesenden mit tiefer Befriedigung aufgenommen wurde. Der Bürgermeister richtete an die versammelten Vertreter der Kriegsopfer den Appell, sie mögen alles daransetzen, um die Demokratie in Österreich zu festigen. "Kriege, auch die Bürgerkriege" sagte der Bürgermeister, "sind die Lösungen gesellschaftlicher Konflikte, die friedlich nicht gelöst werden können. Die Demokratie aber ist die einzige Form, durch die sich Menschen gegenseitig verständigen können. Daher muß alles zur Sicherung der Demokratie unternommen werden. Für die Kriegsopfer gilt dies als höchste demokratische Verpflichtung. Sie sind dazu berufen Aposteln des Friedens unter uns zu werden."

Als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien versicherte er dann den Delegierten, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Kriegsopfern beider Weltkriege vollkommen bewußt ist. Sie ist bestrebt, alles in den Dienst der Fürsorge zu stellen. Die Delegierten haben die Ausführungen des Bürgermeisters mit großem Beifall aufgenommen.

Zwei Ausstellungen

Bürgermeister Dr.h.c. Körner eröffnete heute vormittag in den zum Teil instandgesetzten Räumen der Wiener Secession die Weihnachtsausstellung einer Reihe von jungen Malern, die sich in der letzten Zeit der Secession angeschlossen haben.

Anschließend nahm er, begleitet von Stadtrat Mandl, an der feierlichen Eröffnung der Ausstellung zeitgenössischer Maler Italiens in der Akademie der Bildenden Künste teil.

Sonderausgabe von Reis und Trockenei für Kinder und Jugendliche

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Kinder und Jugendlichen bis zu 18 Jahren erhalten im Laufe der kommenden Woche 300 Gramm Reis auf den Sonderabschnitt 19 und 200 Gramm Trockenei auf den Sonderabschnitt 20 der Lebensmittelkarten. Die Kaufleute dürfen nur mit "W" (= Wien) gekennzeichnete Abschnitte inlösen, weil es sich um eine Sonderzuteilung für Wien handelt. Die Bezugsabschnitt sind abzutrennen und zu verrechnen. Der Verbraucherpreis beträgt für Reis 4.80 S und für Trockenei 14.- S pro Kilogramm.

Prioritätenschutz auf Messen und Ausstellungen

Nach dem Bundesgesetz vom 27.1.1925 können gewisse Begünstigungen hinsichtlich des Prioritätenschutzes für Erfindungen, Muster und Marken erteilt werden. Davon wird bei Ausstellungen und Messen nur wenig Gebrauch gemacht. Es wird deshalb auf diese Bestimmungen aufmerksam gemacht. Die Zuerkennung des Prioritätenschutzes erfolgt auf Antrag der Ausstellungsleitung, die die notwendigen Prioritätsbelege ausstellt. Die Anträge müssen so zeitgerecht an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Referat für gewerblichen Rechtsschutz, 1., Kohlmarkt 8-10, gerichtet werden, daß die notwendige Verlautbarung in den betreffenden Amtsblättern noch vor Eröffnung der Ausstellung erfolgen kann.

Sonntagsfeier der Ethischen Gemeinde

Die nächste Sonntagfeier der Ethischen Gemeinde findet morgen, Sonntag, den 11. Dezember, um 10 Uhr vormittag im Figaro-Kammersaal, 1., Josefsplatz 6, statt.

Die Rede hält Wilhelm Börner. Vor der Rede: Beethoven, Klaviertrio Nr. 2, op. 1 in G-dur, gespielt von Walfriede Adler-Strobl (Klavier), Friedrich Wührer (Violine), Werner Adler (Cello). Die Feier ist allgemein frei zugänglich.

5. Österreichischer Städtetag

Heute nachmittag begann unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses der 5. Österreichische Städtetag. Die meisten der rund 150 Mitgliedsgemeinden hatten Delegierte entsandt. Unter diesen befanden sich auch die Bürgermeister und Vizebürgermeister der Landeshauptstädte. Anwesend waren weiter Finanzminister Dr. Margaretha, der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes, Arkema, Den Haag, Vertreter der Fraktionen des Nationalrates, der Ministerien, des Gewerkschaftsbundes und des Österreichischen Gemeindebundes.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner stellte in seiner Begrüßung mit Genugtuung fest, daß bei dieser großen Tagung das Gefühl der Zusammengehörigkeit von der kleinsten bis zur größten Stadt sichtbar in Erscheinung tritt.

Bundesminister Dr. Margaretha gab einen Überblick über die augenblickliche Finanzlage, die sowohl dem Bund wie auch den Städten Sorge bereite. Zwischen diesen beiden Interessengruppen bestehen wohl häufig Gegensätze. Diese können aber durch verständnisvolle Beurteilung der Lage überwunden werden. Es wird eine für beide Teile tragbare Grundlage gefunden werden. Trotz der berechtigten Sorgen der Städte dürfe das Gesamtinteresse des Staates nicht außerachtgelassen werden. Er versprach, auf die Wünsche der Länder, Städte und Gemeinden weitgehend Rücksicht zu nehmen.

Hierauf berichtete Stadtrat Resch über den bisherigen Stand der Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und dem Städtebund. Wie er mitteilte, ist bereits ein provisorisches Abkommen getroffen worden. Den Unterhändlern des Städtebundes ist es gelungen, eine vom Finanzministerium vorgeschlagene Abänderung des Finanzausgleichsgesetzes zu verhindern. Diese hätte vor allem den Zweck verfolgt, die Schullasten den Ländern aufzubürden und die Beitragsleistung der Städte zu den Polizeikosten zu verdoppeln. Als Gegenleistung für die Beibehaltung des bis-

herigen Finanzausgleichsgesetzes wurde dem Bund ein Vetorecht gegen allzu hohe Lasten in den Schulen in den Ländern und Gemeinden eingeräumt. Ferner wurde durchgesetzt, daß die Gewerbesteuer eine reine Gemeindesteuer bleibt. Dem Bund wurde jedoch ein Notopfer zugestanden, dessen Höhe noch nicht feststeht, das aber zu einem Drittel von Wien getragen werden soll, während 25 Prozent des Restes auf die Länder und 75 Prozent auf die Gemeinden entfallen werden.

Der Bürgermeister von Linz, Nationalrat Dr. Koref, der im Verlauf der Sitzung den Vorsitz übernommen hatte, dankte unter dem Beifall der Delegierten Stadtrat Resch und allen Unterhändlern für die erfolgreich geführten Verhandlungen. Sodann gab Generalsekretär Bundesrat Riemer einen interessanten Bericht über die Tätigkeit, die Entwicklung und die nächsten Aufgaben des Städtebundes, dem gegenwärtig schon 149 Gemeinden mit zusammen rund 3,524.000 Einwohnern angehören.

Der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes Arkema gab im Verlauf einer herzlichen Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß bald die Zeit kommen möge, daß sich im Österreichischen Städtebund, der sich in wenigen Jahren schon zu einer bedeutenden Organisation entwickelt hat, alle Städte Österreichs zusammengeschlossen haben werden.

Die Tagung des Städtebundes wird morgen Sonntag, um 9 Uhr früh, fortgesetzt werden. Nationalrat Dr. Koref wird über "Das Wohnungsproblem und die Gemeinden" sprechen. Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker wird ein Referat über "Musterbauordnung und Landesplanung" halten.